

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden 5 Schreiben zu verschiedenen Problembereichen vorgelegt. Im Folgenden sind die vorgebrachten Anregungen sowie das Ergebnis der Überprüfung dargestellt.

Nr.	Anregung	Prüfung / Abwägung
1	<p>Abschaffung der Rotphasen für Stadtbusse im Bereich Langenweg / Anheggerstraße, da diese zu langen Wartezeiten (ca. 4 Min.) mit Rückstau führen.</p> <p>Es kommt zu längeren Rotphasen für Autos, obwohl kein Bus passiert.</p>	<p>Die Vorrangschaltung für ÖPNV-Busse an den jeweiligen Lichtsignalanlagen ist ein Ziel der Maßnahme Nr. 7 des bestehenden Luftreinhalteplanes sowie der Ersten Fortschreibung des Luftreinhalteplanes.</p> <p>Die genannte Kreuzung befindet sich in unmittelbarer Nähe des Zentralen Umsteigepunktes (ZUP) des Stadtbusses. Die Busfahrpläne sind zeitlich aufeinander abgestimmt. Um eine zügige Abfahrt der Busse sowie die Einhaltung des Fahrplanes zu gewährleisten, ist eine Vorrangschaltung für die Busse erforderlich. Die Attraktivität des ÖPNV zu erhalten ist ein wichtiges Ziel im Rahmen der Luftreinhalteplanung in Lindau.</p> <p>Dabei ist im Rahmen einer Abwägung auch die Flüssigkeit des Verkehrs zu berücksichtigen. Die Verwaltung hat bereits eine Fachfirma zur Optimierung beauftragt, um das Problem der Wartezeiten durch verbesserte Schaltzeiten zu lösen. Die Umsetzung soll noch in diesem Jahr erfolgen.</p>
2a	<p>Diesellokomotiven ohne Abgasfilter</p> <p>Der Lindauer Bahnhof sollte nur mit Dieselloks angefahren werden, die über einen Abgasfilter verfügen. Als Alternative könnte der Bahnbetrieb bei wenig Fahrgästen auf Taxibetrieb oder Erdgasbusbetrieb umgestellt werden.</p>	<p>Der bestehende Luftreinhalteplan sowie die Erste Fortschreibung des Luftreinhalteplanes sehen die Reduzierung der Schadstoffemissionen der Dieseltriebfahrzeuge vor (Maßnahme Nr. 4).</p> <p>Im Zuge der Sachstandsberichte wird bei der DB AG regelmäßig der Stand der Umsetzung abgefragt, zu der sich die DB AG noch nicht geäußert hat. Es kann keine verbindliche Vorgabe für die DB AG gemacht werden.</p> <p>Eine Verbesserung der Situation ist durch die geplante Elektrifizierung in Richtung München zu erwarten.</p> <p>Durch die Mitgliedschaft im Interessenverband Südbahn unterstützt die Stadt Lindau zudem die Elektrifizierung in Richtung Friedrichshafen/Ulm.</p> <p>Die Beförderung der Fahrgäste obliegt der DB AG. Eine temporäre Umstellung des Bahnbetriebes auf Taxi oder Erdgasbusbetrieb bei geringen Fahrgastzahlen dürfte schwer umsetzbar sein.</p>
2b	<p>PKW würden bei 30 km/h extrem umweltfeindlich fahren.</p> <p>Die Geschwindigkeit soll innerorts auf 50 km/h gesetzt werden, da dies weniger Emissionen verursacht als Tempo 30 km/h</p> <p>Alle Geschwindigkeitsbegrenzungen in Schulbereichen sollen außerhalb der Schulzeiten aufgehoben werden</p>	<p>Grundsätzlich führt eine Verstetigung des Verkehrsflusses mit weniger Brems- und Wiederanfahr-Vorgängen zu einer Emissionsminderung. Die Einführung von Tempo-30 kann eine Verstetigung des Verkehrsflusses und damit geringere Emissionen bewirken. Das Argument, dass bei Tempo 50 ein Fahrzeug weniger lang im Straßenabschnitt emittiert als bei Tempo 30, ist nicht einschlägig, da Emissionen in Gramm pro gefahrenen Kilometer und nicht in Gramm pro Sekunde gemessen werden. In niedrigen Geschwindigkeitsbereichen hängen die Emissionen hauptsächlich vom Fahrzustand ab (flüssiger oder weniger flüssiger Verkehr).</p> <p>Eine temporäre Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung außerhalb der Schulzeiten ist daher aus der Sicht der Luftreinhalteplanung nicht verhältnismäßig. Eine Prüfung diesbezüglicher Maßnahmen bleibt deshalb den Behörden vor Ort, unabhängig vom Luftreinhalteplan, überlassen.</p>
2c	<p>Die geplante Unterführung Langenweg würde zu mehr Staus und zusätzlichen</p>	<p>Die Beseitigung der höhengleichen Bahnübergänge in Lindau ist als Maßnahme 6 im bestehenden Luftreinhalteplan sowie in der Ersten Fortschreibung des Luftreinhalteplanes enthalten. Durch die Maßnahme</p>

Nr.	Anregung	Prüfung / Abwägung
	Abgasmengen durch Anfahrten am Berg führen. Eine Brücke, wie im Bereich Kamelbuckelbrücke wäre besser.	<p>wird nach Aussage des LfU ein vergleichsweise hohes Minderungspotential der Abgasemissionen erwartet.</p> <p>Im Stadtrat vom 28. Juni 2005 wurde der Bau einer Straßenunterführung beschlossen. Im Vorfeld wurden mehrere Varianten untersucht.</p> <p>Die Umsetzung erfolgt über ein Planfeststellungsverfahren. Im Rahmen des anstehenden Planfeststellungsverfahrens besteht für die Betroffenen die Möglichkeit der Beteiligung.</p>
3	Forderung der Abschaffung des Vorläufer und Nachläufer-Dienstes per Moped zur Bereitstellung und Rückbringung der Mülltonnen.	<p>Für die Abfallentsorgung ist der Landkreis Lindau als entsorgungspflichtige Körperschaft zuständig. Dieser hat sich mit dem Landkreis Oberallgäu sowie der Stadt Kempten im ZAK (Zweckverband für Abfallwirtschaft Kempten) zusammengeschlossen.</p> <p>Der Vor- und Nachläuferdienst wurde bereits in den 60er Jahren aus folgenden Gründen vom Stadtrat beschlossen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Problematik: Verschandelung des Stadtbildes durch herumstehende Mülltonnen; Müll und Unrat aus umgeworfenen oder umgefahrenen Tonnen • In beengten Situationen (v.a. Insel) Verkehrsbehinderungen durch die herumstehenden Tonnen <p>Im Juli 1996 gab es einen Antrag im Bau- und Umweltausschuss zum Vor- und Nachläufersystem. Der Bau- und Umweltausschuss hat sich einstimmig für die Beibehaltung des Vor- und Nachläufersystems ausgesprochen. Eine Ausnahme bilden nur die Anwesen, wo der Sonderdienst aufgrund der örtlichen Situation nicht in Anspruch genommen werden kann.</p> <p>Nach Auskunft des ZAK fand im Jahre 2003 eine Bürgerumfrage statt, bei der sich die Mehrheit für eine Beibehaltung des Vor- und Nachläuferdienstes ausgesprochen hat. Damit der Service funktioniert und bezahlbar bleibt, müssen alle Haushalte angeschlossen werden. Die Tonnen werden erst kurz vor der Leerung bereitgestellt und kurz nach der Leerung zurückgestellt. So können Konflikte durch herumstehende Tonnen geringgehalten werden. Der ZAK vergibt den Dienst an einen Subunternehmer. Dieser sieht bei einer Umstellung des Dienstes auf Fahrrad anstatt Moped eine enorme Preissteigerung, da deutlich mehr Personal benötigt würde. Zudem gäbe es kaum Personal und bei einem Umstieg auf Fahrräder wäre dieses noch schwieriger zu bekommen.</p> <p>Der Dienst hat nur marginalen Einfluss auf die Schadstoffbelastung in Lindau, daher wird kein Bedarf für eine entsprechende Maßnahme im Rahmen der Planfortschreibung gesehen. Dennoch wird die Stadt Lindau eine Überprüfung anregen, ob der Dienst nicht auch gleichwertig mit einem elektrisch betriebenen Fahrzeug sichergestellt werden kann. Neben den lokal auftretenden Auspuffemissionen könnte so auch eine mögliche Lärmbelästigung vermieden werden. Vor dem Hintergrund des Kurortsprädikats der Stadt wäre dies eine Innovation mit Vorbildcharakter.</p>
4a	Der vor Ort erzeugte Feinstaub an der Messstelle Langenweg könnte mit einer Kurzverbindungsstraße zwischen der	Die Planungen zum Bau einer Verbindungsstraße werden von der Stadt Lindau und dem Staatlichen Straßenbauamt nicht mehr verfolgt. Ein Leitziel der Stadt ist der Ausbau bzw. die Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sowie des Fuß- und Radverkehrs.

Nr.	Anregung	Prüfung / Abwägung
	<p>B31/Höhe Sägtobelweiher und Insel halbiert werden.</p> <p>Doppelte Fließgeschwindigkeit und fehlender Stau senken zudem auf dieser Zubringerstrecke den Schadstoffausstoß auf weniger als 50%.</p>	<p>Im Flächennutzungsplan, der derzeit im Verfahren ist, sind für die Flächen, die durch eine Verbindungsstraße beansprucht würden, andere Nutzungen (Wohnen, Gemeinbedarf, Fläche für die Landwirtschaft) vorgesehen. Eine verkehrsmäßige Nutzung der Flächen entspricht nicht dem Entwurf des FNP der Stadt Lindau.</p> <p>Im Übrigen ergibt eine Verdopplung der Fließgeschwindigkeit des Verkehrs zwar in der Regel eine Reduktion des Schadstoffausstoßes pro gefahrenem Kilometer, jedoch keine Halbierung dieser Emissionen, da insbesondere die Luftreibung mit steigender Geschwindigkeit deutlich zunimmt.</p>
4b	<p>Die Bahnschrankenbeseitigung am Langenweg und der Bregenzer Straße wäre ein bedeutender Beitrag für den Luftreinhalteplan.</p> <p>Die derzeitige Planung mit „Nur-Unterführung“ würde aufgrund der Grundstücksverhältnisse zu einer zeitlichen Verzögerung in der Umsetzung führen.</p> <p>In einer Präsentation wird eine andere Lösung vorgeschlagen.</p>	<p>Im Stadtrat vom 28. Juni 2005 wurde der Bau einer Straßenunterführung beschlossen. Im Vorfeld wurden mehrere Varianten untersucht. Die verschiedenen Varianten sowie ihre jeweiligen Vor- und Nachteile sowie die Realisierbarkeit wurden vor den rechtlich relevanten Rahmenbedingungen ausgiebig untersucht und diskutiert.</p> <p>Als Ergebnis der Diskussion hat der Stadtrat die Variante C in Form einer Straßenunterführung mit großer Mehrheit beschlossen.</p>
4c	<p>Die Reduzierung des Parksuchverkehrs auf der Insel wäre möglich.</p> <p>Als Lösung wird die Errichtung von Parkhäusern an vier Standorten auf der Insel vorgeschlagen: im Bereich Thierschbrücke, am Rotkreuzplatz, am Landratsamt sowie am Reichsplatz.</p>	<p>Konzepte für Parkhäuser für den Karl-Bever-Platz, unmittelbar vor der Insel sowie ein Parkhaus an der Inselhalle liegen vor.</p> <p>Die weitere Schaffung von Parkraum auf der Insel entsteht im Zuge der Umplanung der westlichen Insel.</p>
4d	<p>Bei einem Verzicht der Inselanbindung per Bahn könnten drei beschränkte Bahnübergänge entfallen. Zwischen Holdereggenstraße und Langenweg wäre eine Schientiefenerlegung bezahlbar. Drei Gleise für die Inselanbindung sowie eine Unterführung für den Bodensee-radwanderweg wären nicht nötig.</p>	<p>Die Anbindung der Insel an den Bahnverkehr ist Ziel der Stadt, des Freistaates Bayern sowie der ÖBB.</p> <p>Gemäß Stadtratsbeschluss vom 05.05.2009 soll ein verfeinerter Rahmenplan für die westliche Lindauer Insel erarbeitet werden. Ein Eckpunkt ist u.a. ein neuer Inselbahnhof Post.</p> <p>Um eine zweiseitige Inselanbindung (in Richtung Aeschach sowie Reutin) zu gewährleisten, sind mindestens zwei Gleise nötig.</p>
5a	<p>Förderung des Fahrradverkehrs, z.B. durch die Ausweisung von Radwegen</p>	<p>Die Erste Fortschreibung des Luftreinhalteplanes sieht unter der Maßnahme 18 den Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes vor.</p> <p>Das Fuß- und Radwegesystem wird laufend verbessert. Das Radwegenetz wird weiterhin ausgebaut. Eine</p>

Nr.	Anregung	Prüfung / Abwägung
		Dokumentation findet über die regelmäßigen Sachstandsberichte statt.
5b	Förderung der Elektromobilität, zunächst im Sektor E-Fahrräder; Tagestouristen sollen an den Auffangparkplätzen auf Elektrofahrzeuge umsatteln; später auch Umstellung des motorisierten Innerortsverkehrs auf Elektroantrieb	<p>Die Lindauer Fahrradhändler bieten E-Bikes zum mieten und kaufen an.</p> <p>Im Zuge der jährlich stattfindenden Vermieterversammlung hat die Pro Lindau Marketing GmbH & Co. KG den Vermietern und Hotels das Flyer E-Bike-Konzept zur Nutzung durch die Gäste präsentiert und zum Test angeboten. Der Service wurde nicht in Anspruch genommen.</p> <p>Elektromobilität wird beim Thema Mobilität/Verkehr im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Lindau (B) berücksichtigt (siehe Maßnahme 21).</p>
5c	Großflächiger Ausbau der Tempo 30-Zonen in Wohngebieten sowie den Zentren aller Ortsteile.	<p>Die Erweiterung der Tempo 30-Zonen ist in der Maßnahme 7 des bestehenden Luftreinhalteplanes enthalten und in die Erste Fortschreibung des Luftreinhalteplanes übernommen worden. Einige Tempo 30-Zonen mussten aufgrund des Straßenverkehrsrechtes wieder aufgehoben werden.</p> <p>Eine Erweiterung der Tempo 30-Zonen wurde bereits in der Vergangenheit geprüft. Das Straßenverkehrsrecht lässt keine weitere Ausweisung zu. Tempo 30-Zonen müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, die nicht gegeben sind.</p>